

# Wirbel um Schulhonorarkräfte

GEW: 24 000 Verträge auf Prüfstand. SPD fordert Sonderprüfung des Landesrechnungshofs.

**Dem Land drohen milli-  
nenschwere Nachfor-  
derungen der Sozialkassen.**

VON DIRK RACKE

HANNOVER. Der Ärger um teilweise rechtswidrige Honorarverträge an Ganztagschulen weitet sich womöglich aus. Nach Angaben der Lehrgewerkschaft GEW müssen 24 000 Verträge überprüft werden. „Pro Jahr geht es um 7000 bis 8000 Verträge“, sagte GEW-Landeschef Eberhard

Brandt. Die SPD forderte eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofs.

Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt seit Jahresanfang wegen des Verdachts der Beschäftigung in Scheinselbstständigkeit, weil Honorarkräfte teilweise wie Angestellte in den Ganztagschulbetrieb integriert waren, ohne dass für sie Steuern und Sozialabgaben abgeführt wurden.

„Der sozialrechtliche Schaden geht in die Millionen“, erklärte Oberstaatsanwalt Manfred Knothe. Strafrechtlich

gehe es um das „Vor-enthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt“. Dafür drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Das Kultusministerium erklärte, seit 2002 seien Verträge mit mehr als 20 000 Personen abgeschlossen worden.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt allerdings nach wie vor nur in 10 000 Fällen, ob Sozialversicherungsabgaben nachgefordert werden müssen. Höhere Zahlen könnten dadurch entstehen, dass irrtümlich gering-



**Eberhard  
Brandt**

fügig Beschäftigte mitgezählt würden.

Mit dem Komplex sind 20 Beamte von Hauptzollamt, Rentenversicherung, Polizei und Staatsanwaltschaft beschäftigt. „Ich gehe davon aus, dass die Ermittlungen sich noch bis ins nächste Jahr hinziehen“, sagte Knothe. Die Darstellung des GEW-Landeschefs, dass gegen drei Juristinnen und Juristen des Kultusministeriums ermittelt werde, wies der Sprecher der Staats-

anwaltschaft allerdings zurück: Nach wie vor werde gegen Unbekannt ermittelt. Brandt zog daraufhin seine Behauptung zurück.

Er hielt allerdings an seiner Forderung fest, die vorigen Kultusminister Bernd Busemann (inzwischen Justizminister) und Elisabeth Heister-Neumann sowie der amtierende Bernd Althusmann (alle CDU) müssten die Verantwortung für rechtswidrige Verträge übernehmen: „Da muss notfalls der Ministerpräsident seinen Ministern sagen, was Anstand ist in

diesem Land.“ SPD und Grüne unterstützten den Vorstoß.

Althusmann hatte im Mai die bisherige Praxis umgestellt. Ein Viertel der freien Mitarbeiter haben seitdem Arbeitsverträge. Jeder Einzelfall müsse geprüft und von der Landes- schulbehörde genehmigt werden, erläuterte Ministeriumssprecherin Corinna Fischer: „Für das beginnende Schuljahr sind die Ganztagsangebote gesichert. Sollte es in Einzelfällen unverschuldete Budget- überschreitungen geben, werden wir den Schulen helfen.“

Fenster schließen

Ausschnitt drucken